S 1 U 1642/95

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	2
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Arbeitsunfall Hinterbliebenenleistungen Kausalität wesentliche Bedingung Verweigerung einer Fremdbluttransfusion Glaubensfreiheit
Leitsätze	Leistungen an Hinterbliebene sind nicht zu gewähren wenn der Versicherte einen wegen der Folgen eines Arbeitsunfalls notwendigen operativen Eingriff nur deshalb nicht überlebt weil er aus religiösen Gründen eine Fremdbluttransfusion verweigert.
Normenkette	RVO § 589 Abs 1 RVO § 548 Abs 1 S 1 RVO § 548 Abs 3 RVO § 553 RVO § 554 SGB I § 60 SGB I § 63 SGB I § 65 Abs 1 Nr 2 SGB I § 65 Abs 2 SGB I § 66 Abs 2 SGB I § 66 Abs 3 GG Art 4

1. Instanz

Aktenzeichen	S 1 U 1642/95
Datum	13.04.1999

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 U 647/99
Datum	04.12.2002

3. Instanz

Auf die Revision der Beklagten werden das Urteil des Hessischen Landessozialgerichts vom 4. Dezember 2002 aufgehoben und die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts GieÃen vom 13. April 1999 zurÄckgewiesen. Kosten sind in allen RechtszÄgen nicht zu erstatten.

GrÄnde:

I

Streitig ist die GewÄhrung von Hinterbliebenenleistungen an die KlÄgerin nach ihrem am 17. Februar 1995 im Verlauf einer wegen der Folgen eines Wegeunfalls durchgefÄhrten HÄftprothesenwechseloperation verstorbenen Ehemann (V).

V, der der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas angehÄrte, erlitt am 10. MÄrz 1994 auf dem Weg von der Arbeit einen Verkehrsunfall, bei dem er sich bei vorbestehendem insulinpflichtigem Diabetes mellitus, dialysepflichtiger Niereninsuffizienz mit renaler AnÄmie und HIV-Infektion zahlreiche Frakturen ua im Bereich des linken HÄftgelenks zuzog. Im erstbehandelnden Krankenhaus fand keine Operation statt, weil V die Transfusion von Fremdblutbestandteilen aus religiÄsen GrÄnden ablehnte. Bei der Weiterbehandlung in der auf die Versorgung von Zeugen Jehovas eingerichteten UniversitÄtsklinik Bonn wurde am 21. MÄrz 1994 die HÄftgelenkluxationsfraktur links mit einer Plattenosteosynthese versorgt. Am 15. September 1994 wurde eine HÄftgelenktotalendoprothese implantiert, am 28. September 1994 wegen Pfannenlockerung ein Pfannenwechsel und am 11. Oktober 1994 eine Wundrevision durchgefÄhrt. Im Januar 1995 wurden eine Lockerung der AbstÄtzplatte und eine EntzÄndung mit Abszessbildung festgestellt. In der UniversitÄtsklinik Bonn wurde ein Wiederaufflackern des HÄftgelenkinfekts bestÄtigt. Da diese Klinik erklÄrte, sie wolle die erneut erforderliche Operation (septischer Prothesenwechsel) wegen der fehlenden MÄglichkeit des Einsatzes von Fremdblut nicht riskieren und ohne Operation sei jedenfalls mit tÄdlichem Ausgang zu rechnen, wurde V im EinverstÄndnis der Beklagten in die Endo-Klinik Hamburg, die Äber besondere Erfahrungen im Bereich der septischen Endoprothesenrevision und des autologen Transfusionskonzepts verfÄgt, verlegt. Am 17. Februar 1995 wurde dort eine Prothesenwechseloperation durchgefÄhrt. Vorab wurden V und die KlÄgerin Äber das hohe Risiko des Eingriffs ohne Transfusion von Fremdblutderivaten aufgeklÄrt und darauf hingewiesen, dass V an den Folgen der Operation bzw des zu erwartenden Blutverlustes sterben kÄnne. V, der eine Bluttransfusion in jedem Fall abgelehnt hatte, verlor bei der Operation ca fÄnf bis sechs Liter und postoperativ Äber die Drainage 12 bis 16 Liter Blut. Trotz der RÄckgabe groÃer Mengen gewaschenen Erythrozytenkonzentrats verstarb er an Herzkreislaufversagen wegen Sauerstoffmangels fÄr die Gewebe bei schwerster AnÄmie als Folge der Massivblutung bei ausgeprÄgter, nicht beherrschbarer GerinnungsstÄrung. Zuvor war erfolglos versucht worden, ua von der KlÄgerin die Zustimmung fÄr die Gabe homologer Blutprodukte zu erhalten.

Die Beklagte lehnte gegenüber der Klägerin die Gewährung von Entschädigungsleistungen aus Anlass des Todes des V ab (Bescheid vom 2. August 1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5. September 1995). Das Sozialgericht Gießen (SG) hat die Klage nach Einholung ärztlicher Gutachten abgewiesen (Urteil vom 13. April 1999). Der Anspruch der Klägerin scheiterte auch ohne Anhaltspunkte für einen Leistungsausschluss nach § 553 der Reichsversicherungsordnung (RVO) bzw. für eine Selbsttötungsabsicht des V daran, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Tod des V und dem zuvor erlittenen Unfall sowie den dadurch verursachten Gesundheitsstörungen nicht bestehe. Die allein wesentliche Todesursache sei die aufgrund eindeutiger Ablehnung des V nicht erfolgte Fremdbluttransfusion. Denn die unfallbedingte Operation sei abgesehen von den üblichen Risiken nicht lebensgefährlich gewesen. Die Einengung des naturwissenschaftlichen Ursachenbegriffs durch die Theorie der wesentlichen Bedingung sei eine Wertungsfrage, deren entscheidendes Kriterium der Schutzzweck der Norm sei. Ausgehend vom Schutzzweck der gesetzlichen Unfallversicherung liege es auf der Hand, dass die Beklagte keine Hinterbliebenenleistungen zu erbringen habe, weil der Tod durch Bluttransfusionen hätte verhindert werden können. Auf die Notwendigkeit der Operation und die Erfolgschancen ohne Bluttransfusion komme es für die Beurteilung des Kausalzusammenhangs nicht an. Aus der Religionsfreiheit ([Art 4 des Grundgesetzes \(GG\)](#)) folge nichts anderes, da es sich hierbei um ein reines Abwehrrecht handle. V habe die Bluttransfusion ablehnen dürfen; er bzw. seine Angehörigen hätten jedoch die Folgen zu tragen.

Auf die Berufung der Klägerin hat das Hessische Landessozialgericht (LSG) das Urteil des SG sowie die angefochtenen Bescheide aufgehoben und die Beklagte verurteilt, der Klägerin aus Anlass des Todes des V Hinterbliebenenleistungen in gesetzlichem Umfang zu gewähren. Der Tod des V sei im Rechtssinne mittelbare Folge des Wegeunfalls. Für die eingetretene Komplikation des Eingriffs sei die septische Hüftprothesenwechseloperation mit Freilegung eines großen Knochen- und Weichteilgebiets etc. von entscheidender Bedeutung. Ferner sei der Wegeunfall ua mit Fraktur der linken Hüftgelenkpfanne seinerseits wesentliche Ursache der zur unstillbaren blutenden Operation gewesen. Zweck des septischen Prothesenwechsels sei nach der Handlungstendenz der behandelnden Ärzte eine dauerhafte Sanierung des Infekts, die Verhinderung einer schweren, lebensbedrohlichen Komplikation in Form einer generalisierten Sepsis und die Verbesserung der Funktion des Hüftgelenks gewesen. An der wesentlichen kausalen Verknüpfung zwischen dem Wegeunfall und dem Zweck des ärztlichen Eingriffs vom 17. Februar 1995 ändere sich selbst dann nichts, wenn eine Operationsindikation nicht bestanden hätte. Der Ansicht, der Tod des V sei deshalb keine mittelbare Arbeitsunfallfolge im Rechtssinne, weil er durch eine Bluttransfusion wahrscheinlich hätte verhindert werden können und die entgegenstehende Entscheidung des V deshalb allein wesentliche Todesursache gewesen sei, könne nicht gefolgt werden. Das gelte auch dann, wenn V bei einer Bluttransfusion höchstwahrscheinlich nicht gestorben wäre. Welche Bedingung "wesentlich" sei, sei eine Wertentscheidung. Bei der Bewertung des Verletztenverhaltens unter dem Aspekt der "Unterbrechung des Kausalzusammenhangs" bzw. der "selbstgeschaffenen Gefahr" im Rahmen der

Kausalitätsbeurteilung seien die Grundentscheidungen des Gesetzgebers zu beachten.

So stelle [Â§ 548 Abs 3 RVO](#) klar, dass verbotswidriges Handeln des Versicherten nicht die Annahme eines Versicherungsfalles ausschlieÙe. [Â§ 553 Satz 1 RVO](#) sehe vor, dass der Verletzte und die Hinterbliebenen erst dann keinen Anspruch hÄtten, wenn der Verletzte den Arbeitsunfall absichtlich verursacht habe. Dass selbst vorsÄtzliches strafbares Verhalten des Versicherten als wesentliche Ursache des Unfalls regelmÄÙig nicht zum Verlust des Versicherungsschutzes f¼hre, verdeutliche [Â§ 554 Abs 1 RVO](#). Dies belege, dass der Unfallversicherungsschutz bei diesen Handlungen grundsÄtzlich bestehen bleibe, der innere Zusammenhang zwischen dem Unfall und der versicherten TÄtigkeit mithin durch dieses Verhalten nicht entfalle, sondern dass lediglich die EntschÄdigung im Wege des Ermessens des UnfallversicherungstrÄgers begrenzt werden kÄnne. AuÙerdem ergebe sich hieraus iVm [Â§ 589 RVO](#), dass selbst im Falle des unfallbedingten Todes des Verletzten Anspr¼che auf Hinterbliebenenleistungen wegen des Verhaltens auch bei Ergehen eines strafgerichtlichen Urteils nicht versagt werden kÄnnten. Dies wÄre allenfalls zulÄssig, wenn sich aus der Art und Schwere der Straftat besonders schwerwiegende GrÄnde ergÄben, da durch die Regelung des [Â§ 554 RVO](#) vorrangig der Verletzte selbst getroffen werden solle. AngehÄrige hÄtten auÙer im Fall der absichtlichen Herbeif¼hrung des Arbeitsunfalls durch den Verletzten ([Â§ 553 Satz 1 RVO](#)) nur dann keinen Leistungsanspruch, wenn sie den Arbeitsunfall mit Todesfolge selbst vorsÄtzlich verursacht hÄtten ([Â§ 553 Satz 2 RVO](#)). SchlieÙlich werde durch die [Â§Â§ 63, 65 Abs 1 Nr 2, Abs 2, 66 Abs 2](#) und 3 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) klargestellt, dass der Verletzte nach einem Arbeitsunfall unter bestimmten UmstÄnden im anschlieÙenden Heilverfahren ohne jeden Nachteil Behandlungen ablehnen kÄnne. Die [Â§Â§ 63 ff](#) SGB I sÄhen nicht den vÄlligen Verlust des Leistungsrechts bei einer Verletzung von Mitwirkungspflichten vor und bÄten daher keine Handhabe f¼r die Herausnahme einer durch mangelnde Mitwirkung bei der Heilbehandlung herbeigef¼hrten Verschlechterung der Arbeitsunfallfolgen aus der grundsÄtzlichen EntschÄdigungspflicht. Abwegig sei die Annahme, dass V sich nach mehreren erfolgreich durchgef¼hrten Operationen der letzten groÙen Operation durch die prÄoperativ aus GlaubensgrÄnden verweigerte Bluttransfusion in SelbsttÄtungsabsicht unterzogen habe. Nicht zur Debatte stehe auch, dass die KIÄgerin durch Nichterteilung der Zustimmung zu Fremdbluttransfusionen auf DrÄngen der Ärzte den Tod des V vorsÄtzlich herbeigef¼hrt habe, weil sie an dessen prÄoperative Ablehnung gebunden gewesen sei.

Diese gesetzlichen Vorgaben seien bei der Kausalitätsbeurteilung zu beachten. Unter dem Aspekt der "Unterbrechung des Kausalzusammenhangs wegen selbstgeschaffener Gefahr" und des "Schutzzwecks der anzuwendenden Normen" kÄnnten nicht betriebliche Bedingungen eines Unfalls oder des Todes wegen eines Handelns oder Unterlassens des Versicherten als unwesentlich ausgeschieden werden, das nach dem ausdr¼cklichen Willen des Gesetzgebers den Eintritt des Versicherungs- und Leistungsfalles nicht hindern solle. Die "selbstgeschaffene Gefahr" sei erst bedeutsam, wenn ihr betriebsfremde Motive zugrunde lÄgen

(Hinweis auf [BSGE 28, 14](#) = SozR Nr 10 zu [Â§ 548 RVO](#)). Selbst wenn in Fällen mangelnder Mitwirkung eine Unterbrechung der haftungsausfallenden Kausalität mit der Folge des Ausschlusses von Leistungsansprüchen möglich wäre, müsste der Berufung stattgegeben werden. V habe sich einer ihm ärztlicherseits zur Behandlung der Unfallfolgen vorgeschlagenen, nicht ungehörlichen Operation nicht verweigert, sondern sich dazu bereit erklärt, obwohl nach Ansicht der Ärzte der Universitätsklinik Bonn ohne den septischen Prothesenwechsel in jedem Fall mit einem tödlichen Ausklang zu rechnen gewesen wäre. Die Verweigerung von Bluttransfusionen aus religiöser Überzeugung habe in enger Beziehung zu der wegen der Arbeitsunfallfolgen notwendigen Operation mit ihrem "betrieblichen" Zweck gestanden. Für eine "gemischte", privaten und betrieblichen Zwecken dienende Tätigkeit, wie sie die Annahme einer selbstgeschaffenen Gefahr im Rahmen der haftungsbegründenden Kausalität voraussetze, sei nichts ersichtlich. Um die Verweigerung der Zustimmung zu Fremdbluttransfusionen als allein wesentliche, die Auswirkungen der unfallbedingten Operation völlig in den Hintergrund drängende Todesursache ansehen zu können, müsste diese sich als ein völlig vernunftwidriges Verhalten darstellen, was sich aber nicht aufdränge. Denn ungeachtet der risikoreichen Einschränkung hätten die Ärzte der Endo-Klinik wie auch V selbst die Operation als geeignete und erfolgversprechende Maßnahme ansehen dürfen. Schließlich habe auch die Beklagte V nicht auf der Grundlage der Vorschriften des SGB I aufgefordert, Fremdbluttransfusionen zuzustimmen, nachdem sie von den Ärzten der Universitätsklinik Bonn am 27. Januar 1995 über den beabsichtigten septischen Prothesenwechsel ohne Fremdblutgabe in der Endo-Klinik informiert worden sei. Zudem müsste V für sein Verhalten bei Anlegung subjektiver Maßstäbe zumindest in einer groben Fahrlässigkeit verantwortlich gemacht werden können. Da die Ablehnung einer Fremdbluttransfusion als Ausdruck einer Glaubensüberzeugung unter dem Schutz des [Art 4 GG](#) stehe, habe V für die Entscheidung objektiv und subjektiv einen wichtigen Grund in des [Â§ 65 Abs 1 Nr 2 SGB I](#) gehabt. Zwar sei [Art 4 GG](#) ein Abwehrrecht; dennoch ergebe sich daraus eine mittelbare Drittwirkung in das einfache Gesetzesrecht.

Mit der vom LSG zugelassenen Revision rügt die Beklagte die Verletzung der [Â§ 548, 589 RVO](#). Das LSG habe die Kausalitätsnorm unzutreffend angewandt. Zu Unrecht habe es in der durch V gesetzten Ursache der Verweigerung der Bluttransfusion keine Unterbrechung des Kausalverlaufs gesehen. Der Schutzzweck des [Â§ 589 RVO](#) reiche nicht so weit, einer Witwe Hinterbliebenenleistungen gewähren zu lassen, deren Ehemann nicht aus "betrieblichen", sondern aus religiösen Gründen lebensrettende Maßnahmen verweigere. Zwar stelle das LSG die These auf, der Begriff der selbst geschaffenen Gefahr sei nicht einschlägig, wenn der Versicherte nur betriebliche Zwecke verfolge. Da die Entscheidung des V aber nicht von betrieblichen Zwecken, sondern von religiösen Überzeugungen geprägt gewesen sei, sei eine eindeutige Kausalkette durch sein Verhalten unterbrochen worden. Die Ausführungen des LSG zur fehlenden Mitwirkung in der [Â§ 60](#) ff SGB I seien zur Lösung des Falles unerheblich, da nicht festgestellt sei, ob V die Folgen seines Handelns zutreffend in eines Hinweises nach [Â§ 66 Abs 3 SGB I](#) vor Augen gefährt worden seien. Sie, die Beklagte, respektiere zwar das Recht des V aus [Art 4 GG](#); die Wahrnehmung dieses

Rechts können aber nicht dazu führen, Ansprüche zu Lasten der Versicherungsgemeinschaft durchzusetzen.

Die Beklagte beantragt sinngemäß,
das Urteil des Hessischen Landessozialgerichts vom 4. Dezember 2002 aufzuheben und die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Gießen vom 13. April 1999 zurückzuweisen.

Die Klägerin beantragt,
die Revision zurückzuweisen.

Sie hält die angefochtene Entscheidung für zutreffend.

II

Die Revision der Beklagten ist begründet. Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Hinterbliebenenleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung nach ihrem verstorbenen Ehemann, wie das SG zutreffend entschieden hat; die Bescheide der Beklagten sind rechtmäßig.

Der von der Klägerin erhobene Anspruch auf Hinterbliebenenleistungen richtet sich noch nach den Vorschriften der RVO, da der von ihr geltend gemachte Versicherungsfall (vgl. [Â§ 7 Abs 1](#) des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII)) der Arbeitsunfall des V vor dem In-Kraft-Treten des SGB VII am 1. Januar 1997 eingetreten ist (Art 36 des Unfallversicherungs-Einordnungsgesetzes (UVEG), [Â§ 212 SGB VII](#)).

Nach [Â§ 589 Abs 1 RVO](#) sind Hinterbliebenenleistungen bei Tod durch Arbeitsunfall zu gewähren. Arbeitsunfall iS des [Â§ 548 Abs 1 Satz 1 RVO](#) ist ein Unfall, den ein Versicherter bei einer der in den [Â§§ 539, 540 und 543 bis 545 RVO](#) genannten Tätigkeiten erleidet. Als Arbeitsunfall gilt nach [Â§ 550 Abs 1 Satz 1 RVO](#) auch ein Unfall auf einem mit einer der genannten Tätigkeiten zusammenhängenden Weg nach und von dem Ort der Tätigkeit. Dass der Unfall des V am 10. März 1994 ein Arbeitsunfall in Form eines Wegeunfalles war und die Klägerin Hinterbliebene des am 17. Februar 1995 verstorbenen V ist, steht nach den berufsgerichtlichen Feststellungen außer Zweifel. Der Tod des V ist jedoch nicht im Rechtssinne durch diesen Wegeunfall verursacht worden.

Zwar ergibt sich ein Ursachenzusammenhang zwischen dem Unfall des V am 10. März 1994 und der tödlich verlaufenen Operation vom 17. Februar 1995 daraus, dass die Operation aufgrund der unfallbedingten Verletzungen durchgeführt wurde. Da diese Operation nicht stattgefunden hätte und damit der Tod des V zu diesem Zeitpunkt (wahrscheinlich) nicht eingetreten wäre, wenn V den Unfall am 10. März 1994 nicht erlitten hätte, ist das Unfallgeschehen für den Tod des V in jedem Fall eine Ursache iS der naturwissenschaftlich-philosophischen Kausalität ("conditio sine qua non"; vgl. BSG [SozR 3-2200 Â§ 548 Nr 13](#)). Allerdings war die Verweigerung der Transfusion von Fremdblutderivaten während und nach der Operation durch V ebenfalls eine Ursache für den Tod des V iS der "conditio sine

qua non", wie sich aus den nicht mit zulässigen und begründeten Rügen angefochtenen und daher für den Senat bindenden tatsächlichen Feststellungen des LSG ([Â§ 163](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)) ergibt. Denn danach hätte das Leben des V bei einer hier medizinisch indizierten Fremdbluttransfusion bei bzw nach der Operation mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gerettet werden können.

Ob die Verursachung des Todes eines Versicherten "durch" einen Arbeitsunfall festgestellt werden kann, entscheidet sich bei Vorliegen einer Kausalität im naturwissenschaftlich-philosophischen Sinne letztlich danach, ob das Unfallereignis selbst und nicht eine andere, unfallunabhängige Ursache die wesentliche Bedingung für den Eintritt des Todes bildet (st Rspr des BSG; vgl stellvertretend [BSGE 63, 277, 278](#) = SozR 2200 Â§ 548 Nr 91 mwN; Brackmann/Krasney, SGB VII, 12. Aufl, Â§ 8 RdNr 308 ff). Welcher Umstand entweder für den Eintritt eines Arbeitsunfalls oder worauf es hier bei der Feststellung der so genannten haftungsausfallenden Kausalität entscheidend ankommt für den Eintritt des Schadens, nämlich den Tod des V, als wesentlich angesehen werden muss, ist durch eine wertende Betrachtung aller in Frage kommenden Umstände zu ermitteln. Die einzelnen Bedingungen müssen gegeneinander abgewogen werden; ob eine von ihnen wesentlich den Erfolg mitbewirkt hat, ist anhand ihrer Qualität zu entscheiden. Auf eine zeitliche Reihenfolge oder die Quantität kommt es nicht an. Zur Bewertung der Qualität einer bestimmten Bedingung hat die Rechtsprechung (s etwa [BSGE 59, 193, 195](#) = SozR 2200 Â§ 548 Nr 77 mwN) vielfach auf die Auffassung des "tätigen" oder "praktischen" Lebens abgestellt. Anders als bei der das Zivilrecht maßgebenden Adäquanztheorie (stellvertretend [BGHZ 137, 11, 19](#) ff mwN) folgt daraus keine abstrakt-generalisierende Betrachtungsweise; vielmehr ist die Kausalitätsbewertung in der gesetzlichen Unfallversicherung vom ex-post-Standpunkt aus anhand individualisierender und konkretisierender Merkmale des jeweiligen Einzelfalles vorzunehmen. Daher kommt es bei der Wertung im Bereich der haftungsausfallenden Kausalität vor allem darauf an, welche Auswirkungen das Unfallgeschehen gerade bei der betreffenden Einzelperson mit ihrer jeweiligen Struktureigenheit im körperlich-seelischen Bereich hervorgerufen hat (vgl [BSGE 66, 156, 158](#) = [SozR 3-2200 Â§ 553 Nr 1](#) mwN). Gleichzeitig ist im Rahmen der gegenseitigen Abwägung mehrerer, zu einem bestimmten "Erfolg" führender Umstände der Schutzzweck sowohl der gesetzlichen Unfallversicherung im Allgemeinen als auch der jeweils anzuwendenden Norm hier des [Â§ 589 Abs 1 RVO](#) zu berücksichtigen. Dies führt zu der Wertbestimmung, bis zu welcher Grenze der Versicherungsschutz im Einzelfall reicht (vgl BSG SozR 2200 Â§ 548 Nr 96 mwN).

Nach diesen Grundsätzen erfüllt die durch den Unfall des V am 10. März 1994 erforderlich gewordene Operation vom 17. Februar 1995 nicht die qualitativen Anforderungen an eine für den Eintritt des Todes wesentliche Bedingung.

Die unfallbedingte Operation des V hätte nach den bindenden Feststellungen des LSG unter "normalen" Bedingungen, dh bei einem allein medizinischen Anforderungen entsprechenden Verlauf inklusive einer Fremdbluttransfusion, mit an

Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zum Tode geführt. Konkret und individuell auf die Person des V bezogen sind keine Anzeichen für eine körperlich-seelische Struktur des V ersichtlich, die den Tod durch die unfallbedingte Operation unausweichlich herbeigeführt hätte. Die bei ihm bestehenden Vorerkrankungen (insulinpflichtiger Diabetes mellitus, dialysepflichtige Niereninsuffizienz mit renaler Anämie und HIV-Infektion) haben den tödlichen Ausgang der Operation am 17. Februar 1995 nicht wesentlich verursacht. Es ist auch nichts dafür ersichtlich, dass die psychische Verfasstheit des V verantwortlich für seinen Tod war, denn dies wäre allenfalls dann anzunehmen, wenn er in seiner Fähigkeit zur Willensbildung beeinträchtigt gewesen wäre und er in diesem Zustand etwa "vernunftwidrige" Entscheidungen getroffen hätte (vgl BGSE 28, 14, 17 = SozR Nr 10 zu [Â§ 548 RVO](#)). Zwar hat V dem an sich lebensrettenden septischen Prothesenwechsel vom 17. Februar 1995 zugestimmt, jedoch allein aus religiösen Motiven die Gabe von Fremdblutderivaten bei und nach der Operation auch für den Fall abgelehnt, dass diese zur Rettung aus Lebensgefahr notwendig werden sollte. Hinweise dafür, dass V bei der Zustimmung zur Operation oder bei der Kundgabe seiner Ablehnung von Fremdbluttransfusionen in der Fähigkeit zur Willensbildung, etwa infolge eines psychischen Traumas (vgl BSG, Urteil vom 8. Dezember 1998 - [B 2 U 1/98 R](#) = USK 98172) beeinträchtigt gewesen wäre, sind nicht ersichtlich. V und die Klägerin sind nach den bindenden Feststellungen über das Operationsrisiko und insbesondere über das ohne die Möglichkeit einer Fremdbluttransfusion bei einem so ausgedehnten Eingriff sich ergebende hohe Risiko präoperativ in mehreren Gesprächen aufgeklärt worden. Es ist daher davon auszugehen, dass V in der Lage war, auch angesichts der aufgezeigten Risiken eine autonome Entscheidung frei von Willensmängeln zu treffen. Ob eine Willensänderung dieser Art in den Augen anderer, ggf auch der behandelnden Ärzte, vernunftwidrig oder nicht nachvollziehbar war, ist für die hier vorzunehmende Wertung unerheblich. Bereits daraus, dass die unfallbedingte Operation somit nicht auf einen solchen körperlich-seelischen Zustand bei V traf, der zwangsläufig einen tödlichen Ausgang zur Folge haben musste, folgt, dass das Unfallereignis wegen der konkreten und individuellen Umstände in der Person des V nicht die wesentliche Bedingung für dessen Tod sein konnte.

Seine Entsprechung findet dieses Wertungsergebnis in der Betrachtung des Schutzzwecks der gesetzlichen Unfallversicherung als solcher und der hier maßgebenden Anspruchsnorm des [Â§ 589 Abs 1 RVO](#). Die gesetzliche Unfallversicherung ist wesentlich darauf angelegt, den Unternehmer von der aus der Betriebstätigkeit erwachsenden Verschuldens- und Gefährdungshaftung zu befreien. [Â§ 539 Abs 1 Nr 1 RVO](#) (vgl nunmehr [Â§ 1, 2 Abs 1 Nr 1 SGB VII](#)) dient der Ablösung von zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber, wie dies in den [Â§ 636 ff RVO](#) (jetzt [Â§ 104 ff SGB VII](#)) zum Ausdruck kommt. Der Gesetzgeber wollte mit der Schaffung der gesetzlichen Unfallversicherung dem geschädigten Arbeitnehmer zwecks Wahrung des Betriebsfriedens ersparen, den Arbeitgeber zu verklagen. An die Stelle eines zivilrechtlichen Schadensersatzanspruches gegen den Arbeitgeber trat ein auf dem Grundsatz der Gefährdungshaftung aufbauender öffentlich-rechtlicher Entschädigungsanspruch des Arbeitnehmers gegen den zuständigen Unfallversicherungsträger. Dieser hat Leistungen zu erbringen, wenn sich

Gefahren konkretisiert haben, die einen wesentlichen Entstehungsgrund in der betrieblichen Sphäre haben. Trotz der hiervon abweichenden Konzeption bei Wegeunfällen ist auch hier die betriebliche Zurechenbarkeit ein maßgebliches Kriterium (vgl BSG SozR 2200 Â§ 548 Nr 96 mwN). Diesem (allgemeinen) Zweck entspricht auch die Vorschrift des [Â§ 589 Abs 1 RVO](#), die lediglich den Hinterbliebenen einen eigenen Anspruch im Gegensatz zu einem vom Versicherten abgeleiteten Anspruch auf Leistungen bei einem betrieblich verursachten Tod des Versicherten geben will (BSG SozR 2200 Â§ 589 Nr 8; vgl Brackmann/Burchardt, SGB VII, 12. Aufl, Â§ 63 RdNr 8, 8a).

Von diesem Schutzzweck wird der vorliegende Fall jedenfalls nicht erfasst. Da der Tod des V bei rechtzeitiger Gabe von Fremdblutderivaten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht eingetreten wäre und weil die Verweigerung der Fremdbluttransfusion auf einer autonomen, ausschließlich religiös motivierten Entscheidung des V beruht, war das Fortwirken des "betrieblichen" Grundes für die Operation am 17. Februar 1995 unterbrochen. Zwar war weiterhin der Wegeunfall für die Vornahme der Operation selbst konstitutiv, sodass insofern auch ein "betrieblicher", mit dem Schutzzweck der gesetzlichen Unfallversicherung vereinbarer Grund vorlag, demzufolge die Beklagte etwa auch die Operationskosten zu tragen hatte. Das Dazwischentreten nicht-betrieblicher, allein im Verantwortungsbereich des V liegender religiöser Gründe hat jedoch den gesamten Zusammenhang aus dem oben dargestellten Schutzzweck einer Unternehmerhaftung mit betrieblicher Zurechenbarkeit herausgelöst. Deshalb kann der einstmals gegebene betriebliche Grund (wegeunfallbedingte Operation) auch unter Schutzzweckgesichtspunkten nicht als wesentlich für den Tod des V angesehen werden.

Entgegen der Auffassung des LSG vermag die Bezugnahme auf die Vorschriften des [Â§ 548 Abs 3 RVO](#) und der [Â§ 553, 554 RVO](#) nichts zur Klärung beizutragen. Zum einen und darauf hat bereits das SG abgestellt sind die genannten Regelungen bereits von ihrem Wortlaut her auf die vorliegende Fallgestaltung nicht anwendbar, denn es geht hier nicht darum, dass V oder die Klägerin etwa den Wegeunfall durch verbotswidriges Verhalten bzw absichtlich herbeigeführt hätten. Zum andern kann aus den genannten Regelungen auch nicht auf einen Willen des Gesetzgebers dahingehend geschlossen werden, dass allgemein trotz an sich regel- oder verbotswidrigen Verhaltens des Versicherten nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen ein Kausalzusammenhang zwischen Unfallereignis und dem haftungsauslösenden Schaden entfallen soll. So schließt zwar nach [Â§ 548 Abs 3 RVO](#) ein verbotswidriges Handeln den Versicherungsfall nicht aus. Mit dem Begriff des "verbotswidrigen Handelns" in [Â§ 548 Abs 3 RVO](#) ist jedoch nicht bereits jedes verbotswidrige Tun gemeint. Vielmehr wird nur das dem Betrieb zurechenbare verbotswidrige Verhalten eines Versicherten erfasst, nicht aber darüber hinausgehendes, in den eigenen Risikobereich des Versicherten fallendes Tun (vgl [BSGE 42, 129, 133 = SozR 2200 Â§ 548 Nr 22](#)). Wenn das LSG daraus dennoch schließt, die Verweigerung einer keinem gesetzlichen oder sonstigen Verbot widersprechenden Fremdbluttransfusion könne nicht zur Leistungsversagung für die Hinterbliebenen führen, übersieht es den Sinn und Zweck der Regelung, verbotenes Tun nicht (auch) noch im Wege des

Unfallversicherungsrechts zu sanktionieren, solange ein betrieblicher Zusammenhang besteht. Zudem sollen durch diese Norm schwer zu lösende Zweifelsfälle im Hinblick auf das Verschulden des Versicherten am Eintritt des Versicherungsfalles vermieden werden (KassKomm-Ricke, [Â§ 7 SGB VII](#) RdNr 5). Daraus ergibt sich, dass [Â§ 548 Abs 3 RVO](#) lediglich auf den Zusammenhang zwischen dem (betrieblichen) Verhalten des Versicherten und dem Unfallgeschehen selbst, die haftungsbegründende Kausalität, nicht aber auf die hier fragliche haftungsausfallende Kausalität zugeschnitten ist. Da somit eine dem Sinn der Vorschrift entsprechende Lage vorliegend nicht erkennbar ist, kann weder eine analoge Anwendung der Norm noch ihre Berücksichtigung im Rahmen der Beurteilung der haftungsausfallenden Kausalität in Betracht gezogen werden. Wollte man dennoch dem [Â§ 548 Abs 3 RVO](#) den Gedanken entnehmen, auch grundsätzlich erlaubtes Verhalten (wie hier die Verweigerung der Fremdbluttransfusion) könne im Rahmen der haftungsausfallenden Kausalität nicht zu einer Leistungsversagung führen, so müsste das betreffende Verhalten jedoch einen betrieblichen Zusammenhang aufweisen. Dies ist indes nach den obigen Ausführungen wegen der autonomen, religiös motivierten Entscheidung des V nicht der Fall.

Ebenso wenig kann den [Â§ 553](#) und [554 RVO](#) ein für die Beurteilung der haftungsausfallenden Kausalität nach [Â§ 589 Abs 1 RVO](#) maßgeblicher Rechtsgedanke entnommen werden. [Â§ 553 RVO](#) bestimmt für den Fall der Herbeiführung des Versicherungsfalles durch grob regelwidriges Verhalten des Versicherten ([Â§ 553 Satz 1 RVO](#)) oder seiner Angehörigen ([Â§ 553 Satz 2 RVO](#)) einen Leistungsausschluss. [Â§ 554 RVO](#) sieht die Möglichkeit einer vollständigen oder teilweisen Leistungsversagung gegenüber dem Verletzten bzw seinen Hinterbliebenen für den Fall vor, dass der Verletzte den Arbeitsunfall bei Begehung einer schwereren, gerichtlich abgeurteilten Straftat erlitten hat. Die entscheidende Gemeinsamkeit der genannten Normen liegt darin, dass sie â wie [Â§ 548 Abs 3 RVO](#) auch â stets vom Eintritt eines Versicherungsfalles unabhängig von der Regelwidrigkeit des Tuns des Verletzten ausgehen (vgl dazu Brackmann/Burchardt, SGB VII, 12. Aufl, [Â§ 101](#) RdNr 7). Damit berühren sie aber nicht die hier zu beantwortende Frage der Kausalität, sondern setzen diese als bereits gegeben voraus. Die Vorschriften weisen daher eine spezifische, mit dem hiesigen Kontext nicht übereinstimmende Systematik auf. Ihnen kann auch kein allgemeines Prinzip entnommen werden, demzufolge etwa jedes erlaubte Verhalten eines Verletzten (hier etwa die Verweigerung einer Bluttransfusion), das in irgend einer Form mit dem durch einen Arbeitsunfall begonnenen Kausalverlauf verbunden ist, keinen Einfluss auf diesen Kausalverlauf nehmen kann. Eine solche Sichtweise ließe die unterschiedlichen Möglichkeiten des frei verantwortlichen Tuns eines Menschen unberücksichtigt und würde zudem zu einer mit dem Schutzzweck der gesetzlichen Unfallversicherung unvereinbaren Ausdehnung des Versicherungsschutzes führen.

Auch die [Â§ 60](#) ff SGB I, insbesondere die Regelungen in [Â§ 63](#), [Â§ 65 Abs 1 Nr 2](#) und [Abs 2](#) sowie in [Â§ 66 Abs 2](#) und [3](#) SGB I, die im vorliegenden Fall von ihrem Wortlaut her keine Anwendung finden, enthalten â entgegen der Auffassung des LSG â keinen allgemeinen Rechtsgrundsatz, der im Rahmen der wertenden

Betrachtung des Kausalzusammenhanges ist des [Â§ 589 Abs 1 RVO](#) zu beachten wäre. Insbesondere kann daraus nicht der Gedanke abgeleitet werden, dass das Unterbleiben einer dem Versicherten gemäss [Â§ 63, 65 Abs 1 Nr 2 SGB I](#) unzumutbaren Maßnahme der Heilbehandlung (hier aus religiösen Gründen der Fremdbluttransfusion) auch bei jeder Betrachtung des Kausalzusammenhangs außer Ansatz bleiben müsste. Hierfür finden sich weder im Wortlaut noch in der Systematik der betreffenden Vorschriften entsprechende Anhaltspunkte. Zu Recht weist zwar das LSG darauf hin, diese Bestimmungen beruhen auf dem Grundgedanken, dass das Sozialstaatsprinzip ([Art 20 Abs 1 GG](#)) nicht nur leistungsbegründend zu verstehen sei, sondern auch soweit zumutbar und verhältnismässig auch vom Einzelnen ein solidarisches Verhalten gegenüber der Gemeinschaft verlangen könne. Von entscheidender Bedeutung ist hier jedoch der systematische Ausgangspunkt der Regelungen. Diese sind nämlich allein auf das Verhältnis zwischen dem Antragsteller bzw dem Bezieher von Sozialleistungen und dem jeweiligen Leistungsträger zugeschnitten und setzen voraus was vor allem durch die Bestimmung zur vollständigen oder teilweisen Leistungsversagung in [Â§ 66 Abs 2 SGB I](#) deutlich wird voraus, dass grundsätzlich die Möglichkeit zur Nachholung der Mitwirkung gegeben ist, um so einen gewissen Druck auf den Antragsteller oder Leistungsbezieher auszuüben (vgl KassKomm-Seewald, Vor [Â§ 60 Abs 67 SGB I](#) RdNr 14, 15; [Â§ 66 SGB I](#) RdNr 2 mwN). Ferner können die Regelungen erst dann greifen, wenn eine bestimmte Sozialleistung beantragt ist; die Mitwirkungspflichten erweisen sich mithin nicht als allgemeine soziale Pflichten (KassKomm-Seewald, Vor [Â§ 60 Abs 67 SGB I](#) RdNr 17), die über den konkret geregelten Bereich hinaus zu berücksichtigen wären, etwa bei der Bewertung zur Bestimmung einer haftungsausfallenden Kausalität.

Schließlich hat auch die grundrechtlich garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit ([Art 4 Abs 1 und 2 GG](#)) keine bei der Abwägung zur Feststellung der wesentlichen Bedingung für den Eintritt des Todes des V maßgebliche Bedeutung. Insbesondere kann die Verweigerung einer lebensrettenden Fremdbluttransfusion nicht deshalb, weil V bei der Entscheidung darüber in Ausübung seines Grundrechts nach [Art 4 GG](#) handelte, bei der Kausalitätsbetrachtung mit der Folge ausgeklammert werden, dass einem Ereignis (dem Unfall und der dadurch bedingten Operation), das sonst nicht den Tod des V verursacht hätte, die Qualität einer wesentlichen Bedingung hierfür zuerkannt wird. Bei dem einheitlichen Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit nach [Art 4 Abs 1 und 2 GG](#) handelt es sich um ein klassisches Abwehrrecht des Bürgers gegenüber dem Staat (vgl [BVerfGE 93, 1](#), 16 und [32, 98](#), 106; sa Starck in von Mangoldt/Klein/Starck, GG I, 4. Aufl 1999, Art 4 RdNr 20; Mager in von Münch/Kunig, GGK I, 5. Aufl 2000, Art 4 RdNr 39, 40, jeweils mwN). Die Wahrnehmung dieses Grundrechtes fällt allein in den Verantwortungsbereich des Grundrechtsträgers; Leistungsansprüche gegenüber dem Staat können aus [Art 4 Abs 1 und 2 GG](#) selbst nicht abgeleitet werden (vgl Starck, aaO; Mager, aaO).

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit nach [Art 4 Abs 1 und 2 GG](#) wirkt sich entgegen der Auffassung des LSG, das in diesem Zusammenhang von "mittelbarer Drittwirkung" spricht auch bei einer verfassungskonformen bzw verfassungsorientierten Auslegung einfachen Rechts nicht in jedem Fall dergestalt

aus, dass die Ausübung dieses Grundrechts keine für den Grundrechtsträger bzw seine Hinterbliebenen negativen leistungsrechtlichen Konsequenzen haben kann. Die Drittwirkung der Grundrechte besteht darin, dass ihr objektiv-rechtlicher Gehalt, die in ihnen zum Ausdruck kommende Wertentscheidung, bei der Anwendung des einfachen Rechts, insbesondere der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe und der Ausfüllung von Beurteilungs- und Ermessensspielräumen, zu beachten ist (ständige Rechtsprechung des BVerfG, vgl stellvertretend [BVerfGE 80, 81](#), 92 f mwN; zur Drittwirkung der Grundrechte bei der Auslegung von Generalklauseln und anderen wertungsoffenen Rechtsbegriffen des Privatrechts: [BVerfGE 84, 192](#), 195 mwN). Insofern kann sich die Gewährleistung von Freiheitsrechten wie der Religions- und Bekenntnisfreiheit auch auf das Bestehen von Sozialleistungsansprüchen auswirken (siehe etwa [BSGE 61, 158](#), 161 ff = [SozR 4100 Â§ 119 Nr 30](#) S 139 ff und BVerfG [NJW 1984, 912](#) zur Auslegung des Begriffs "wichtiger Grund" in Â§ 119 Abs 1 des Arbeitsfördergesetzes). Dafür besteht hier jedoch keine Grundlage. Die bei der Prüfung der haftungsausfüllenden Kausalität vorzunehmende Bewertung bezieht sich allein auf die Frage, ob einem bestimmten Umstand, der zum Schadenseintritt beigetragen hat, unter Berücksichtigung des Schutzzwecks der gesetzlichen Unfallversicherung die Qualität einer wesentlichen Bedingung zukommt. Dagegen lässt sie keinen Raum für eine Einbeziehung solcher Kausalfaktoren, die auf einer autonomen, dem privaten Bereich zuzurechnenden Entscheidung des Versicherten beruhen, auch wenn diese Entscheidung durch religiöse oder andere von der Rechtsordnung besonders anerkannte Motive bestimmt wurde. Die Tatsache, dass der Verweigerung der lebensrettenden Bluttransfusion eine verfassungsrechtlich geschätzte Glaubensüberzeugung zugrunde lag, ändert deshalb nichts daran, dass durch diese Handlung des Versicherten der "betriebliche" Zusammenhang unterbrochen worden ist.

Da sich nach alledem der Wegeunfall des V am 10. März 1994 und die dadurch erforderlich gewordene Operation vom 17. Februar 1995 nicht als die wesentliche Bedingung für den Eintritt des Todes erweisen, ist ein Anspruch der Klägerin auf Hinterbliebenenleistungen nach [Â§ 589 Abs 1 RVO](#) nicht gegeben. Das angefochtene Urteil des LSG war auf die Revision der Beklagten aufzuheben und die Berufung der Klägerin gegen das erstinstanzliche Urteil zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Erstellt am: 19.04.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024